

Herrn

Peter Weiss MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mannheim, den 06.02.2011

Ihr Brief vom 26.01.2011

Sehr geehrter Herr Weiß,

haben Sie herzlichen Dank für Ihren Brief vom 26.01.2011.

Wir haben Sie schon richtig verstanden. Sie wollten „*keine Hoffnungen auf eine kurzfristige Lösung wecken*“. Wir glauben Ihnen durchaus, dass Sie selbst das Problem ernst nehmen und sicherlich auch dafür sind, dass die Lösung sich nicht bis 2019 hinzieht. Wir glauben sogar, dass es im Bundestag außer Ihnen nicht wenige Abgeordnete gibt, die so denken wie Sie. Aber der Bundestag schaut, bitte verzeihen Sie mir meine Offenheit, zu sehr auf das, was die Regierung will und nicht will. Das haben wir in etlichen Gesprächen mit Abgeordneten Ihrer Fraktion wie auch der FDP erfahren.

Die Exekutive trägt zunächst einmal die Verantwortung dafür, dass das Problem überhaupt entstanden ist. Der 12. Bundestag hatte bei den Beratungen um den Beitritt der DDR die Einbeziehung der deutsch-deutschen Flüchtlingsgeneration in die Rentenüberleitung weder debattiert noch beschlossen. So jedenfalls weisen es die einschlägigen Bundestagsprotokolle aus. Wenn es trotzdem dazu kam, dass die Rentenversicherer unter Berufung auf den Beitritt der DDR in die bestehenden Rentenkonten der DDR-Flüchtlinge eingegriffen haben, kann das nur auf exekutive Anweisungen zurückzuführen sein.

Die Exekutive (BMAS) trägt auch die Verantwortung dafür, dass die unzähligen Petitionen aus den Jahren 1993 bis 2006 ohne Bezug auf das Vorbringen abschlägig beschieden wurden. Die Textbausteine, die zur Begründung herhalten mussten, die aber seit langem als irreführend, oberflächlich und unzutreffend enttarnt sind, sind ebenfalls das Werk der Exekutive. Bedauerlicherweise sind sie über lange Zeit unreflektiert in den allgemeinen Gebrauch durch Abgeordnete eingegangen.

Die Exekutive ist es auch, die dafür gesorgt hat, dass die vom Petitionsausschuss angeforderten Daten mehr als 1 ½ Jahre für den Weg zum Bundestag brauchten.

In diesem Jahr begehen wir den 20. Jahrestag der Verabschiedung des RÜG, das für uns nicht konstruiert wurde und in das wir dennoch hineingepresst werden. Was bedeutet in diesem Zeitrahmen (20 Jahre) wohl der Begriff „*kurzfristige Lösung*“? Und wer will uns das Recht absprechen, eine solche zu fordern angesichts der Horroroption 2019?

Ich bin mit Ihnen durchaus einer Meinung, dass Sie im Moment als einzelner Abgeordneter keinen Einfluss auf das Verfahren nehmen können, das jetzt in den Händen des Petitionsausschusses liegt. Sie können aber dennoch etwas für eine angemessene Lösung tun, wenn Sie nämlich in Ihrer Fraktion dafür sorgen, dass das Votum der Berichterstatter des Petitionsausschusses auf gut informierte Parlamentarier trifft, wenn es denn eines Tages Ihrer Fraktion vorgelegt wird. Ich denke, Sie werden mir zustimmen, wenn ich an die Unabhängigkeit des Parlaments gegenüber der Regierung erinnere.

Ich habe übrigens dieser Tage eine Reportage aus dem SPIEGEL aus dem Jahre 1997 gefunden, die Sie interessieren wird: Geheimdienste, Rente für ein falsches Leben, 28. Ausgabe 1997. Ich lege Ihnen den Text bei. Die „Kundschafter des Friedens im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus“ erhalten Rentenentgeltpunkte für ihr Wirken als Spione. Seitens der BfA wird Amtshilfe geleistet: *„Auch aus einem falschen Leben entstehen natürlich echte Anwartschaften“*.

Die sicherlich nicht unerheblichen Leistungen aus dieser Art Tätigkeit werden durch die Rentenversicherung anstandslos gezahlt. Uns hingegen werden die Leistungen, die uns aus den nach geltendem Recht transformierten Anwartschaften zustehen, seit 20 Jahren vorenthalten.

Und wenn dann noch auf die eventuellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt hingewiesen wird, der einer Rückabwicklung der Ausgliederung entgegenstehe, ist das Maß an Zumutungen überschritten.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Weiß, uns in der kommenden Zeit als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Bitte lassen Sie uns auch gemeinsam überlegen, wie wir es erreichen können, dass Ihre Fraktionskollegen und –kolleginnen bereit sind, die in Umlauf befindlichen Vorurteile kritisch zu hinterfragen und durch sachgerechte Urteile zu ersetzen.

Mit freundlichem Gruß,

Jürgen Holdefleiß
(Vorstand IEDF)

Anlage: SPIEGEL – Artikel 1997